



Lebensräume

selbst.  
bestimmt.  
leben.

26. April 2011

## Lagebericht 2010

### A. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Das Geschäftsjahr 2010 schließt mit einem Verlust in Höhe von 17.360,34 Euro ab.

Den nahezu unveränderten Umsatzerlösen durch Betreuungsleistungen stehen – bezogen auf das Vorjahr – deutlich höhere Personalaufwendungen gegenüber. Zu den Gründen und Entwicklungen im Einzelnen:

#### 1. im Bereich der Umsatzerlöse und Erträge:

- a) In der WG Grenzallee entstand mehrmonatiger Leerstand von zwei Plätzen (nach einem Sterbefall einer Klientin und einem notwendigen Umzug eines anderen Klienten in ein Pflegeheim). Insgesamt resultieren aus diesen Leerständen - im Vergleich zu einer 100 %-igen Belegung – Mindereinnahmen in Höhe von ca. 25.500 Euro.
- b) In der WG Lankwitz führte die Veränderung der Hilfebedarfsgruppen von Klienten zu verminderten Einnahmen von ca. 4.350 Euro.
- c) Die Erlöse aus Betreutem Einzelwohnen (gesamt) konnten um 31.300 Euro gesteigert werden (+ 4 %).  
Im BEW-Seniorenbereich waren im Vergleich zum Vorjahr geringere Erlöse durch mehrere Sterbefälle festzustellen. Diese Betreuungskapazitäten konnten in 2010 noch nicht wieder durch neue Klienten kompensiert werden.
- d) Im Bereich Haushaltshilfe wurden durch schwankende Auftragslage und weniger Klienten – auch durch die o.gen. Sterbefälle – geringere Erlöse erwirtschaftet (./ 4.660 Euro).

#### 2. im Bereich der Kosten und Aufwendungen / Personalkosten:

Die Personalkosten sind um 34.288 Euro höher als im Vorjahr. Das Verhältnis von Personalaufwand zu Umsatzerlösen hat sich somit in 2010 verschlechtert. Die Gründe sind:

- a) Nach Betreuungsausfällen durch Sterbefälle im BEW-Seniorenbereich konnte erst deutlich zeitversetzt und nur zum Teil die Personalausstattung reduziert werden.
- b) Langzeit-Arbeitsunfähigkeiten beim pädagogischen Personal in allen Bereichen machte umfangreiche Ausgaben für Vertretungskräfte erforderlich.
- c) Zur Kompensation von Langzeiterkrankungen im Haushaltshilfe-Bereich musste für einen Zeitraum von 2 ½ Monaten ein externer Dienstleister hinzugezogen werden.

### Weitere wesentliche Vorgänge des Geschäftsjahres 2010

- Die Bezirke bzw. die Fallmanager arbeiten seit Mitte 2010 mit einem neuen Instrument zur Beurteilung des Hilfebedarf von Klienten (sog. Leitfaden zur Anwendung des HMB-W-Verfahrens). Die Systematik des Instruments ermöglicht die Reduzierung des Leistungsumfangs je Klient, damit der Betreuungsstunden (BEW) bzw. der Hilfebedarfsgruppen (WG) und führt in Folge zu verringerten Erlösen.
- Zum 01.11.2010 hat nun auch das Sozialamt Neukölln das Fallmanagement mit dem Ziel der Zugangs- und Leistungssteuerung eingeführt (das Sozialamt Neukölln ist der für die Mehrzahl der LfB-Klienten zuständige Kostenträger).
- Die ehemals der AQUIS gehörenden Wohnanlage Lichtenrade, zu der die LfB-Wohngemeinschaft Groß-Ziethener Straße zählt, ist nach Insolvenz am 07.12.2010 zwangsversteigert worden. Noch gibt es keine Informationen des neuen Eigentümers bezüglich möglicher Mieterhöhungen.

### B. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahrs 2010

Seit November 2010 ist der Leistungstyp Betreutes Einzelwohnen aus dem trägerübergreifenden Verhandlungsmandat zur pauschalen Kostensatz-Fortschreibung der LIGA ausgenommen. Eine Weiterentwicklung der Vergütungen für diesen Leistungstyp ist daher nur durch Einzelverhandlung möglich.

Die bisherige Vergütung je Fachleistungsstunde beträgt seit 1996 unverändert 30,81 Euro/Std..

Im März 2011 hat die Geschäftsführerin die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) zu Verhandlungen über einen neuen BEW-Kostensatz aufgefordert. Aufgrund des LfB-Antrages und der entsprechenden Kalkulation hat die Senatsverwaltung eine Vereinbarung über 34,39 Euro/Std. für den Zeitraum 15.04. bis 31.12.2011 avisiert.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichtes lag eine unterschriftsfähige Fassung der neuen Vergütungsvereinbarung noch nicht vor.

### C. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2011 / wirtschaftliche Vorausschau

- Die avisierte Vergütungsvereinbarung für das Betreute Einzelwohnen wird - unter der Voraussetzung gleichbleibender BEW-Std. - zu höheren Einnahmen durch pädagogische Betreuung führen.
- Der Personalüberhang durch Betreuungsausfälle im BEW-Seniorenbereich wird voraussichtlich ab Anfang Juli 2011 vollständig abgebaut sein. Somit ist für das erste Halbjahr 2011 mit entsprechend hohen Personalkosten wegen Personalüberhang zu kalkulieren
- Das Bundesdatenschutzgesetz fordert für Unternehmen die Erstellung eines Datenschutzkonzeptes und die kontinuierliche Betreuung durch einen Datenschutzbeauftragten. Die LfB hat hierzu einen externen Datenschutzbeauftragten berufen. Für das Datenschutzkonzept entstehen in 2011 einmalige Kosten in Höhe von 1.250 Euro; die laufende Betreuung ist ab 2011 mit ca. 2.200 Euro jährlich zu kalkulieren.
- Im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten der LfB werden Aufwendungen zum Ausbau von Netzwerken und Kooperationen für gezielte Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit entstehen. Ziele sind Belegungssicherung, Kundengewinnung/-bindung und der Multiplikatoren-„pflege“.

## D. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken einer künftigen Entwicklung

### Chancen:

- Erhöhung der Vergütung für die BEW-Fachleistungsstunde (gute Aussichten, dass die Senatsverwaltung dem Antrag der LfB entsprechen wird)
- Steigerung der Klientenzahlen im BEW-Angebot. Folgende Voraussetzungen sind erforderlich:
  - = Steigerung des Bekanntheitsgrades der LfB durch einrichtungsspezifische Öffentlichkeitsarbeit
  - = Ausbau von Präsenz und Vernetzung mit anderen Akteuren im Sozialraum
  - = Weiterentwicklung des Gesamt-Image des Trägers und seiner Gesellschaften durch Öffentlichkeitsarbeit und durch Ausbau bestehender und Entwicklung neuer begleitender und ergänzender Angebote im Trägerverbund

### Risiken:

- Durch die Spezifik des BEW-Senioren-Angebotes besteht regelmäßig das Risiko, dass durch Sterbefälle aus Altersgründen ungeplant Betreuungskapazitäten freiwerden. Personell kann die LfB nicht zeitgleich reagieren. Somit ist für diese Fälle jeweils mit vorübergehendem Personalüberhang zu rechnen.
- Für den Fall der Vergütungserhöhung für die BEW-Fachleistungsstunde (siehe oben) besteht das Risiko, dass die Fallmanager in den Bezirken ihre Steuerungsmöglichkeiten nutzen und reduzierte Betreuungsumfänge je Klient bewilligen, um die erhöhte bezirklichen Ausgaben zu kompensieren.
- Im Sachkostenbereich sind die Mieten für Treffpunktwohnungen und Büroräume die größten Ausgabe-Positionen. In Anbetracht der Mietpreisentwicklung auf dem Berliner Wohnungsmarkt sind damit finanzielle Risiken verbunden.
- Die 87. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) hat im November 2010 ihre Beschlüsse aus 2009 zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe fortgeschrieben. Wesentlicher Impuls für die Beschlüsse ist das Ziel, die Zugangs- und Fallkostensteuerung (Begrenzung) in die Verantwortung der örtlicher Träger der Sozialhilfe zu nehmen. Die indirekt daraus folgenden Einsparvorgaben werden einzelfallbezogen umgesetzt werden.  
Die Beschlüsse sehen unterschiedliche Instrumente vor; für das Geschäftsfeld des ambulant betreuten Wohnens sind davon bedeutsam:
  - = personenzentrierter Ansatz der Angebote der Eingliederungshilfe (keine einrichtungsfinanzierten Hilfen mehr)
  - = bundeseinheitliche Kriterien und Maßstäbe zur Bedarfsermittlung
  - = stärkere Einbindung und Nutzung sozialräumlicher Strukturen zur Deckung von individuellem Hilfebedarf, Stärkung von Wohnformen im Sozialraum
  - = Erweiterung des Pflegebedürftigkeitsbegriff um Module der bisherigen Eingliederungshilfe (Umwidmung von Leistungen in andere Leistungs- und Finanzierungsformen)

Eckpunkte für den ersten Gesetzentwurf werden derzeit erarbeitet; das Gesetzesvorhaben soll in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden.

Die operationale Umsetzung wird zu gegebener Zeit eine teilweise strategische Neu-Ausrichtung der Angebote im betreuten Wohnen notwendig machen (keine Komplex-Leistungen mehr, sondern Einzelleistungen; neue Finanzierungsformen; Flexibilisierung der Leistungen u.a.), auf die sich die LfB vorbereiten muss.

Berlin, 26. April 2011

Lebensräume für Menschen mit Behinderung gGmbH

Imke Klocke  
Geschäftsführerin